

ORA ET
LABORA

Bete und
Arbeits!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U. I. O. G. D.

Auf daß in
Allem Gott
verherrlicht
werde

No. 4
27. Jahrgang

Münster, East., Donnerstag, den 6. März 1930

Fortlaufende
No. 1357

Die Staatsomnipotenz hat gesiegt

Das Hauptereignis der vergangen Woche war, daß sie in der Legislatur zu Regina den Hauptantritt auf die ungeduldeten Schulvorlage durch die Liberalen brachte. Wie bereits letzte Woche und in der vorhergehenden Woche an dieser Stelle berichtet wurde, haben die Konservativen am 11. Februar der Legislatur einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die 83 oder 87 Schwestern, die in den 30 Publikschulen Saskatchewans unterrichten, aus diesen Schulen verbannt, sofern sie nicht ein weltliches Kleid anziehen wollen. Und diese ungeduldeten, katholischen feindliche Vorlage kam zur zweiten Lesung. Ein von Herrn Gardiner nach dreifachiger glänzender Rede beantragter Vorschlag, daß religiöse Mißverständnisse, die in gemäßigten Ditriften vorkommen könnten, durch den Unterrichtsminister in Güte beigelegt werden sollten, wurde mit 33 Stimmen gegen 26 abgelehnt. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde hierauf die zweite Lesung der Vorlage, so wie sie ursprünglich beantragt worden, durchgeführt. Der Vorgang erinnert an die „Mitter der traurigen Gestalt“ in Don Quixote. Aber die Mehrheit regiert (the majority rules), die Macht triumphiert, die Minderheit wird entrecht, weil sie der schwächere Teil ist und sich gegen die Uebermacht nicht schütten kann. Man kann somit sagen, daß die Vorlage schon so gut wie angenommen ist, da die dritte Lesung ja doch mehr oder weniger nur Formsache ist.

Katholischerseits wurde getan, was man tun konnte, um das Unheil zu verhüten, aber der Kampf und die Kampfmittel waren zu ungleich, als daß man sich Erfolg hätte versprechen können. Auf konservativer Seite hatte man seit Jahr und Tag alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auf dem Wege der Schulfrage die Regierung an sich zu reißen. Es ist gelungen. Gerade das Verprechen des konservativen Führers, das er liberal mit dem größten Nachdruck wiederholte, nämlich daß er, falls seine Partei siegen sollte, das Schwesternkleid und alle religiösen Abzeichen aus den Publikschulen entfernen würde, veranlaßte das durch alle möglichen Propagandaschläge bearbeitete Volk, seiner Partei ans Ruder der Regierung zu verfallen.

Ziebendundachtzig Schwestern, etwa ein Prozent aller Lehrer und Lehrerinnen von Saskatchewan, unterrichten in den Publikschulen — und dieser Umstand wurde bei den Wahlen im vergangenen Jahre als Hauptmotiv bezeichnet, weshalb die liberale Regierung gestürzt werden mußte. Herr A. K. Warren, der konservative Vertreter des Wahlkreises Vengough, bekannte dies unumwunden, als er am 27. Februar in der Legislatur die Behauptung aufstellte: „Am Wahltag war die eine Hauptfrage, worüber die Leute ihre Stimmen abgaben, die Schulfrage, und sie warfen die liberale Regierung hinaus und setzten eine andere ein.“ (Bericht des Saskatoon Star - Phoenix vom 1. März)

Warum man sich auf konservativer Seite gar so sehr fürchtete gegen das Kleid von etwa 87 Ordensfrauen, die in den Publikschulen Saskatchewans unterrichten, dafür wurde sonst noch kein einziger stichhaltiger Grund angeführt. Man entgegnete zwar, daß man die Publikschulen von jeglichen „Sektenwesen“ (sectarianism) säubern wolle. Als aber Herr Anderson (von Herrn C.

Davis) aufgefordert wurde, über die Bedeutung des Wortes „Sektenwesen“ eine Erklärung abzugeben, zog er es vor, zu schweigen, wohl deshalb, weil er mit sich selbst in Widerspruch geraten wäre, wie Herr Gardiner in seiner dreifachigen Rede an dem früheren Aufseher des gegenwärtigen Premierministers hervorhob. Man schwieg ebenfalls auf konservativer Seite, als Herr Dr. Ulrich in glänzender Rede auf die herrlichen Resultate hinwies, die erzielt wurden in Publikschulen, wo Ordensschwestern unterrichten. So z. B. waren es im Jahre 1927 genau 75 Kinder in der von Schwestern geleiteten Publikschule in Gravelbourg, die sich um ihr Regierungsdiplom im 8. Grade benarben. Mit Ausnahme eines einzigen Kindes bestanden alle, also 74 aus 75, das Schlußexamen erfolgreich.

Wir Katholiken sind Herrn Gardiner und Herrn Dr. Ulrich sicherlich dankbar wegen der mannhaften Verteidigung, welche sie einer Frage, die unsern Herzen so teuer ist, zuteil werden ließen. Auch Herr Hogan von Bonda verteidigte die Schwestern, so gut er konnte, und hob das Unrecht hervor, das man ihnen durch die geplante Vertreibung zufügen will. Es würde uns zu weit führen, wollten wir auch nur auszugeweiht die Reden der genannten Herren hier wiedergeben. Wir begnügen uns daher damit, daß wir eine Reihe von Auszügen aus der Rede des Herrn L. C. Davis wortgetreu oder dem Sinne nach hier anführen. Herr Davis vertritt als Liberaler den Wahlkreis Prince Albert und war bis zur letzten Wahl Kabinettsmitglied in der liberalen Regierung Saskatchewans. In seiner Rede vor der Legislatur am 28. Februar sagte er unter anderem folgendes: „Die gegenwärtige Vorlage befähigt größere Tragweite und ist von größerer Wichtigkeit als so manchen andere Vorlage, weshalb sie auch die ernsteste Erwägung verdient. Ihre Wirkungen dürften von der weitreichendsten Art sein. Dieser Umstand leitet mich in meinem Verhalten dieser Vorlage gegenüber, und ich habe die Angelegenheit wohl überlegt. Statt daß diese Vorlage das schwierige Problem lösen wird, wird es dadurch erit recht zum Janfapfel gestempelt. Die Frage wird dadurch nur noch viel schwieriger gemacht. Sie wird erit recht in das öffentliche Leben der Provinz hineingetragen, und der Zwist wird wahren, solange das Gesetz bestehen wird. Dies ist ein Grund, warum ich mich der zweiten Lesung widereize. Dies ist das erste Mal in der Geschichte Canadas, wenn nicht in britischen Reiche, daß ein verantwortlicher Kronminister eine derartige Gesetzesvorlage eingebracht hat. Es ist das erste Mal seit 300 Jahren, daß eine Gesetzgebung in einem Teil des britischen Reiches verübt hat, Vorschriften in Bezug auf Kleidung zu geben — und ich glaube, es ist ein Schritt rückwärts, zurück in die Tage der Vergangenheit...“

Roch nie zuvor in der Geschichte der Provinz wurden in der Provinz so viele Klagen ausgeteilt in Betreff dieser Frage als bei der letzten Wahl. In meinem eigenen Ditriften hat, Vorschritten in Bezug von allerlei Schwierigkeiten. Ich bebrauch mich mit den drei Schulvorlesern, zwei Katholiken und einem Protestanten, die alle drei seit vielen Jahren Vorsteher waren. Es gab da keine Schwierigkeit irgendwelcher Art, wie sie mir gegen-

über bezogen, in all den Jahren, in denen sie mit dem Ditriften zu tun hatten. Aehnliche Probleme gibt es in allen Provinzen des Dominions, auch wenn waschechte Konfervative an der Regierung sind, wenn man sie überhaupt Probleme nennen kann. Die Zahl der lehrenden Schwestern in Saskatchewan ist im Vergleich zur Zahl der anderen Lehrer geringer als in irgend einer anderen Provinz des Dominions, wo Schwestern lehren. Sogar jetzt hat das Unterrichtsministerium das Recht, genau das zu tun, was die Vorlage vorsieht.“

Herr Davis verurteilte das Einbringen zweier Vorlagen über ein und dieselbe gleiche Frage, da es außer Ordnung sei und nur die Debatte verlängern würde. (Am 18. Februar hatte nämlich Herr Anderson eine zweite Vorlage zur Abänderung des Schulgesetzes eingebracht, die aber erit nach dem 10. März, nach der Rückkehr der Kabinettsmitglieder von Ottawa, zur Debatte kommen wird.) Herr Warren von Vengough, dessen Ausdruck wir oben anführten, entgegnete Herr Davis, daß eine große Anzahl der Wähler für die liberale Partei gestimmt hätte und dieselbe auch jetzt noch unterstützen würde. Weiter erwähnte Herr Davis, daß es bis jetzt kein Gesetz im britischen Reiche gebe, welches das Tragen eines Ordenskleides in den

Publikschulen verbiete. Die Verhältnisse, wie sie sich vorfinden und die man so aufzausehe, hätten seit 1905 bestanden und seien nicht, wie angegeben werde, Zuständen zuzuschreiben, die in den letzten Jahren gemacht worden seien.

Hierauf führte Herr Davis Zahlen an, welche zeigen, daß im Jahre 1928 in Saskatchewan 8.114 Lehrer Schullehrer, von denen 153 Schwestern mit Normalbildung waren. Von diesen lehrten 66 in Separatschulen und 83 in den Publikschulen. Die Schwestern lehrten in 43 aus den in der Provinz bestehenden 5.000 Schulen, von denen 30 Publikschulen und 13 Separatschulen sind. In 23 aus den 43 Schulen befanden sich keine protestantische Kinder und in den übrigen 20 Schulen, in denen Schwestern unterrichteten, befanden sich 117 protestantische Kinder. Aus diesen 117 bestritten 31 aus freien Stücken die katholischen Schulen, während andere Schulmöglichkeiten ihnen zu Gebote standen, so daß in ganz Saskatchewan nur 86 protestantische Kinder von Schwestern unterrichtet wurden, weil für sie keine andere Schulbildungsmöglichkeit vorhanden war. Hier wurde Herr Davis sarkastisch und erklärte, daß unter 225.000 Kindern, welche die Schulen Saskatchewans besuchen, nur 86 protestantische Kinder unterrichtet werden.

Hier und dort

Die Mission unter den Indianern des nördlichen Manitoba hat am 25. Februar einen herben Verlust erlitten. Um 3 Uhr morgens brach in der Groß Lake Indian Boarding School, einem vierstöckigen Steingebäude 175 Meilen nordwestlich von Le Pas, Feuer aus und zerstörte den städtischen Bau bis auf den Grund. Als die Schwestern, welchen die Sorge für die Kinder anvertraut war, erwachten, hatte das Feuer bereits solche Fortschritte gemacht, daß nur die schnellste Flucht das Leben aller hätte retten können. Neun Kinder, die ohne Verzug geweckt werden konnten, wurden auch schleunigst zur Sicherheit geführt. Mehrere von den Kindern aber waren durch den Rauch so betäubt, daß sie nicht mehr erwachen konnten. Auch von diesen wurden mehrere gerettet. Aber acht Mädchen und ein Knabe fielen der Hölle der Flammen zum Opfer. Die Schwestern auf die Sicherheit ihrer Ansehlerin bedacht, blieben so lange, daß ein längeres Verbleiben den sicheren Neuertod bedeutet hätte. Schwester Margaret Marie aber, die Oberin der Anstalt, wurde vom Feuer abgedrängt und fand den Tod in den Flammen. Fünf andere Schwestern wurden im letzten Augenblick aus dem dritten Stockwerk durch das Fenster ins Freie und wurden alle mehr oder weniger schwer verletzt. Eine derselben brach das Rückgrat, und man hegt über ihr Aufkommen ernstliche Befürchtung. Der Wert des zerstörten Eigentums beläuft sich auf etwa \$250.000. — Auf die Nachricht von dem Unglück fuhr ein Flugzeug von Le Pas nach Groß Lake und brachte die fünf verletzten Schwestern zurück nach Le Pas, wo sie im Hospital ärztlicher Fürsorge übergeben wurden. Schwester Jeanne Chantal, deren Rückgrat gebrochen ist, wurde von dort am 27. Februar im Flugzeug nach Winnipeg genommen, da ihr Fall einer besonderen Behandlung bedarf. Die Kinder, die auf diese Weise heimatlos geworden sind, wurden einweilen so gut als möglich in der Nachbarschaft untergebracht, bis sie entweder zu ihren

Eltern heimgeschiedt oder anderweitig verorgt werden können. Der Hochwürdige Bischof Charles, dessen Jurisdiktion jene entfernte Gegend umfaßt, langte am Mittwoch aus Le Pas im Flugzeug dort an, um nach Möglichkeit helfend einzugreifen. Wenn möglich, wird die Schule wieder aufgebaut werden.

Durch den am 29. Januar in Chur erfolgten Tod des Ständerates Dr. Friedrich Brügger erlit die Schweiz, und besonders das katholische Schweizervolk, einen soit unersehlichen Verlust.

Der Dahingeshiedene wurde am 21. März 1854 zu Churwalden als Sohn des päpstlichen Hauptmannes Friedrich Brügger geboren. Seine Gymnasialstudien machte er in der Heimatstadt des berühmten Benediktinerklosters Einsiedeln, seinen Studien in der Rechtswissenschaft oblag er auf den Universitäten Löwen, Belgien, und München. Nach dem er in Chur kurze Zeit Rechtspraktikant gewesen war, trat er in den Staatsdienst ein und nahm bald am politischen Leben seines Vaterlandes teil. Wir sehen ihn als Regierungsrat, als konservativen Abgeordneten im Großen Rat des Kantons Graubünden, als Staatsanwalt, als konservativen Vertreter im bündnerischen Regierungsrat, als Vorsteher des Bau- und Forstdepartements, als Ständerat, welches Ehrenamt er für 23 Jahre bis zu seinem Tode innehatte. Im Jahre 1918—1919 war er Mitglied des Verwaltungsrates der Nationalen Bank, sowie auch Mitglied in verschiedenen Kommissionen. Abgesehen von vielen anderen Ehrenämtern, die von Zeit zu Zeit ihm zufielen, hatte er eine glänzende Karriere im schweizerischen Bundesheere, die mit seiner Ernennung zum Oberkorpskommandanten im Jahre 1918 ihren Gipfelpunkt erreichte.

Dr. Brügger war ein Politiker großen Stiles, bei dem es kein (Fortsetzung auf Seite 4)

Die Wahrheit über Jugoslawien und seine Diktatur

Von Generaloberst Stefan Fretter Sarkotic von Lovcena, vormals Landeschef von Bosnien und Herzegowina. („Schönere Zukunft“, 26. Januar 1930)

„Schönere Zukunft“ ist seit einem halben Jahre in Jugoslawien verboten. Auf eine durch den Herausgeber veranlaßte Anfrage der Belgrader österreichischen deutschen Gesandtschaft nach dem Grund des Verbotes, erklärte die Belgrader Regierung, das Verbot könne sofort aufgehoben werden, wenn „Schönere Zukunft“ Verantwortlichkeiten wie den gewöhnlichen Gesandten Reichert von Zortotie in Zukunft von der Mitarbeit ausschließe. Der Herausgeber der „Schönere Zukunft“ lehnt mit eifriger, daher eine solche Zusage ablehnt, zumal es sich hier um die Verurteilung, angehenden, bedeutenden Verantwortlichkeiten des Kroaten zum heute handle. „Schönere Zukunft“ ist nicht ein von Regierungen und Regierungen gestütztes, sondern ein unabhängiges Blatt, das nur ein Ziel kennt, die Wahrheit zu sagen, selbst wenn dadurch immer wieder persönliche Schicksalswirkungen für den Verleger und Herausgeber sich ergeben.

Die Schriftleitung. Als einem der Ratgeber der Kronen im alten Österreich-Ungarn war es mir vergönnt, stets mit warmer Liebe und der größten Entschiedenheit für die Interessen der Monarchie und meiner engeren Heimat Kroaten einzutreten, weil ich von der Identität der beiderseitigen Interessen tief überzeugt war. Die Monarchie ist zerfallen, das kroatische Volk kämpft schwer um seine Existenz. Als freier Mann will ich nun auch weiter dem kroatischen Volke Treue walten und Helfer in der Not sein. Dies glaube ich durch eine wahrheitsgetreue Schilderung seines wahren Schicksals zu erzielen, mit welchem Schicksal auch das aller anderen nichteuropäischen Völkern, in erster Linie des deutschen, in Jugoslawien aufs innigste verbunden ist.

Der Schriftleitung der „Schönere Zukunft“ danke ich für die Veröffentlichung dieses meines Aufsatzes um so mehr, als ja allgemein bekannt ist, daß die Diktatur beirrt ist, jede objektive Aufklärung über ihr Wirken im In- und Auslande zu verhindern.

Als König Alexander I. am 6. Januar 1929 die beschworene Verfassung brach und alle Macht in seine Hände nahm, setzte er sich über das am 1. Dezember 1918 den Vertretern der Kroaten und Slowenen gegebene Versprechen, stets im Geiste der Demokratie zu regieren, hinweg; er wird auch das Versprechen der Diktatur, sobald als möglich die Volksherrschaft folgen zu lassen, nicht halten können. In der Proklamtion des Königs wurde fundamente, daß zur Diktatur aus Gründen der durch das Parlament bedrohten Einheit des Staates und der Einheit des Volkes, geordnet werden mußte, und daß die Diktatur nunmehr die Sicherung dieser Einheit als ihre heilige Pflicht ansehe. Diese Einheit zu schaffen, ist aber nicht möglich, am allerwenigsten im Wege der Demokratie, die doch die Herrschaft der Volksmehrheit bedeutet; die Volksmehrheit aber sind in Jugoslawien 8,5 Millionen Nichtserben gegen 7 Millionen Serben. Diese Volksmehrheit ist infolgedessen sogar noch größer, als sich seinerzeit die Serben der altösterreichisch-ungarischen Gebiete unter Privicevics Führung dem kroatischen Stefan Radic angeschlossen. Dieser Art stehen 10,5 Millionen kootherte Kroaten, Serben und Andersnationalen gegen 3 Millionen Altserben. Als Altserben werden die Serben des alten Königreiches von allen anderen jugoslawischen Völkern und Volksteilen bezeichnet, also auch von den Serben der ehe-

maligen Habsburger Monarchie, die sich im Gegensatz dazu Serben nennen.)

Es hätte dem König vor Aufrechterhaltung der Diktatur noch ein Ausweg zur Sicherung des inneren Friedens, offengehalten — nicht durch gewaltsame Schaffung eines imaginären jugoslawischen Volkes, sondern durch einen ehrlichen Ausgleich mit den Kroaten und weitestehende Berücksichtigung der Wünsche der zahlenmäßig großen Minderheiten. Der König wählte aber diesen Weg nicht, sondern entschloß sich, über Anraten seiner engsten militärischen und zivilen Umgebung, sowie über jene von auswartigen Faktoren, zur Übernahme der Diktatur. So wurde er zum Anwalt der Verschmelzungsdelogologie. Man höre und staune, welche Völker und Volksteile da in die Verschmelzungsdelogologie gepreßt werden sollen: Serben, Kroaten und Slowenen, — Bulgaren, Türken, Albaner und Romanen (Mazedonien, Serbien, Ungarn und Rumänien des Banats (Südungarn)). Diese Metorte scheint mir einer Hölle zu gleichen, aus der nur Feuer und Flammen, nur irredentistischer Dünst und Rauch, aber kein Leben, am allerwenigsten ein jugoslawisches Volk emporsteigen kann.

Serbischerseits wird behauptet, daß man nur die große Idee Völkervereinigung durchführe. Tatsächlich sieht man zu ihr im größten Gegenfah; hierfür gibt es Beweise. Strojman hat vor seinem Lebensende das „Nationalistische Programm“ der Kroaten unterzeichnet. Er hat den Südslawen auch den Entwurf für eine eventuelle Verfassung hinterlassen. Nach seinem Entwurf hätten die Südslawen eine Konföderation zu bilden gehabt. Jugoslawien war für ihn nur ein äußerer Begriffs-Nahmen und eine ideale Gemeinschaft, in der sich alle nationalen Sonderindividualitäten unabhängig und frei entwickeln würden. Strojman hat sich jedoch später, ebenso wie sein Helfer, der große kroatische Historiker Tomherr Dr. Radic, überzeugt, daß es eine jugoslawische einheitliche Staatlichkeit ebensov wenig gibt, wie ein jugoslawisches Volk. So wie sich der große Bischof zu dieser Einheitsbildung durchgerungen hat, so mühten sich zu ihr auch alle Interferenzen für die südslawischen Verhältnisse durchzuziehen. In Deutschen Reiche, in Österreich und anderswo wird noch immer von einem jugoslawischen Volk geredet und geschrieben. Es gibt aber kein slawisches, nordslawisches und jugoslawisches Volk. Gut sich doch sogar Norwegen von Schweden getrennt. Am allerwenigsten hat die Mut- und Sprachverwandtschaft bei den slawischen Völkern Gewähr der Solidarität und brüderlichen Toleranz ausgesetzt. Das beweist an besten das Schicksal der Polen und Ukrainer, das Schicksal der Slowaken unter den Tschechen, der Kroaten unter den Serben, so daß eigentlich kein nichtslawisches Volk jemals ein derartiger Slawenbrüder war, als es die Slawen selbst untereinander sind. Da wiederhole es daher: es gibt kein jugoslawisches Volk, es gibt nur jugoslawische Völker; Bulgaren, Serben, Kroaten, Slowenen usw. (Schluß folgt)